

ZUGANG ZU LEISTUNGEN FÜR MARGINALISIERTE GRUPPEN

TOOLKIT FOR EQUALITY STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

European
Coalition
of Cities



against Racism



International Coalition
of Inclusive and
Sustainable Cities – ICCAR



Co-funded by
the European Union

Warum ist es
notwendig?

Vorbereiten

Umsetzen

Dranbleiben

TOOLKIT FOR EQUALITY

STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

ZUGANG ZU LEISTUNGEN FÜR MARGINALISIERTE GRUPPEN

DIE STADT WIRD AKTIV IN IHREN FUNKTIONEN ALS

- Demokratische Institution
- Regelungsinstanz
- Arbeitgeberin
- **Dienstleisterin**
- Vertragspartnerin

ECCAR 10 PUNKTE AKTIONSPLAN

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
- 5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen**
- 6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin**
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Das Projekt wurde vom ETC Graz koordiniert und mit den folgenden Partner/innen umgesetzt
Stockholm University – SU (Schweden)
University of Padova - Human Rights Centre - HRC Padova (Italien)
Centre for European Constitutional Law – CECL (Griechenland)
Otherness Foundation - NEKI (Ungarn)
Cidalia (Spanien)
European Coalition of Cities against Racism (ECCAR e.V.)
UNESCO als Mitglied von ICCAR

Herausgeber/innen: Isabella Meier, Ingrid Nicoletti, Klaus Starl, Paul Lappalainen

Veröffentlichung 2.0 Februar 2017, Graz – Stockholm - Potsdam

Das Toolkit for Equality wurde mit Hilfe der Europäischen Kommission, UNESCO, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), Open Society Foundation - At Home in Europe, ETC Graz und den Städten Bern, Bologna, Esch-sur-Alzette, Gent, Graz, Potsdam, Rotterdam, Wien und Zürich umgesetzt.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme der Europäischen Union (ADPOLIS JUST/2014/RDIS/AG/DISC/8084) erstellt. Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des ETC Graz und seiner Partner/innen und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wider.

EINLEITUNG

Das Toolkit for Equality ist ein Handbuch für Städte zur Umsetzung kommunaler Politiken, die Rassismus und rassistischer Diskriminierung erfolgreich entgegenwirken. Das Toolkit bietet erfahrungsbasierte Schritt-für-Schritt Anleitungen zu konkreten Politiken, die die Umsetzung von der Planung bis hin zur Evaluierung unterstützen sollen. Der gesamte Inhalt beruht auf ausführlichen Interviews mit erfahrenen Verwaltungsmitarbeiter/innen, Politiker/innen, zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Vertreter/innen der Zielgruppen in einer Vielzahl Europäischer Städte.

Unser Ziel war es, möglichst konkrete Anregungen und praxisrelevante Ratschläge zu geben. Wir laden Sie ein, das Toolkit als gesammelte Erfahrung Ihrer Kolleg/innen aus anderen Städten zu lesen und daraus zu verwenden, was Ihnen für Ihre Stadt hilfreich erscheint.

Das Toolkit wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Städten und der Erfahrung ihren Mitarbeiter/innen, die ihr Wissen und ihre Zeit mit uns geteilt haben. ECCAR und die Herausgeber/innen danken den teilnehmenden Städten sehr herzlich für ihre Beiträge und für ihre Gastfreundschaft, insbesondere:

Agia Varvara (Griechenland)
Athen (Griechenland)
Barcelona (Spanien)
Berlin (Deutschland)
Bern (Schweiz)
Bilbao (Spanien)
Bologna (Italien)
Botkyrka (Schweden)
Budapest (Ungarn)
Castilla-La Mancha (Spanien)
Esch-sur-Alzette (Luxembourg)
Gent (Belgien)
Graz (Österreich)

Madrid (Spanien)
Malmö (Schweden)
Nantes (Frankreich)
Pécs (Ungarn)
Potsdam (Deutschland)
Rotterdam (Niederlande)
Santa Cruz (Spanien)
Sevilla (Spanien)
Toulouse (Frankreich)
Turin (Italien)
Valencia (Spanien)
Wien (Österreich)
Zürich (Schweiz)

ZUGANG ZU LEISTUNGEN FÜR MARGINALISIERTE GRUPPEN

WARUM IST ES NOTWENDIG? 10

VORBEREITEN 11

PLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN 11

Schritt Unterstützung sichern 11

Schritt Bilden Sie ein Kernteam für die Umsetzung 11

Schritt Beziehen Sie alle Abteilungen der Stadtverwaltung ein 11

Schritt Beziehen Sie Mitglieder der Zielgruppen mit ein 11

VORBEREITUNG DES KONZEPTS 12

Schritt Bedarfserhebung 12

Schritt Laden Sie Mitglieder der Zielgruppen zur Konzepterstellung ein 12

Schritt Mobilisieren Sie Freiwillige 12

Schritt Definition von Zielen und Strategien 13

Schritt Personal und Budget 13

UMSETZEN 16

Schritt Gründen Sie eine zentrale Anlaufstelle 16

Schritt Stellen Sie Infrastruktur für Freiwilligenarbeit bereit 16

Schritt Unterstützen Sie die Organisation der Verfügbarkeit und Terminvergabe 16

Schritt Öffentlichkeitsarbeit und Erreichen der Zielgruppe 16

NACHHALTIGKEIT 17

Schritt Entscheidung des Stadtparlaments zur dauerhaften Einrichtung der Angebote 17

Schritt Vernetzen Sie sich mit Städten mit ähnlicher Bevölkerungszusammensetzung 17

Schritt Arbeiten Sie mit Wissenschaftler/innen zusammen 17

ÜBERTRAGBARKEIT	19
TÄGLICHE ARBEIT	19
Schritt Zusammenarbeit und Koordinierung	19
Schritt Beziehen Sie die Zielgruppen fortlaufend in die tägliche Arbeit ein	19
<hr/>	
DRANBLEIBEN	21
<hr/>	
Schritt Follow-up zur Umsetzung	21
SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG	21
WIRKUNG UND ERGEBNIS	22
QUELLEN UND BEISPIELE	23

ZUGANG ZU LEISTUNGEN FÜR MARGINALISIERTE GRUPPEN

Dieses Politikmodell umfasst einerseits kommunale Leistungen, die zusätzlich zu den regulären Angeboten in Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Unterstützung bereitgestellt werden, und andererseits Maßnahmen, die einen besseren Zugang zu den regulären Angeboten ermöglichen.

Die Angebote sind darauf ausgerichtet, Chancengleichheit herzustellen und stehen allen Stadtbewohner/innen offen. Aufgrund ihrer Zielsetzung, den Zugang zu regulären Leistungen zu erleichtern, richten sie sich jedoch faktisch an sozioökonomisch benachteiligte bzw. marginalisierte Gruppen. Das Konzept stellt nicht auf Merkmale wie Ethnizität, Geschlecht oder Alter ab, sondern ist bedürfnisorientiert. Die Leistungen werden in der Regel durch Mentoring- und Coaching-Programme begleitet.

In mehreren Städten, die zu diesem Kapitel berichteten, waren die Maßnahmen ursprünglich für die Roma-Bevölkerung dieser Städte konzipiert. Diese Angebote wurden sowohl in der Zielgruppe als auch der restlichen Stadt anfangs wenig akzeptiert. Sie wurden erfolgreicher, als die Zielgruppe verbreitert und ein bedürfnisorientierter Ansatz den gruppenorientierten Ansatz in der Bereitstellung von Leistungen ablöste. Aus dieser Erfahrung heraus sollte der Fokus der Politikmaßnahmen auf Chancengleichheit und Inklusion für alle gerichtet sein.

Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) definiert als **„rassische Diskriminierung“** **„jede auf Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft gründende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung (...)“**.

„**Unterscheidung**“ bedeutet, eine Person auf Basis von Hautfarbe, Abstammung, Geburt, Religion oder Sprache (verbunden mit biologischen und kulturellen Zuschreibungen) als „anders“ zu definieren und damit ungleiche Rechtsansprüche auf struktureller Ebene zu rechtfertigen. Das Gegenteil von Unterscheidung ist „Gleichstellung“. „Gleichstellung“ ist sowohl als Status als auch Prozess zu verstehen.

„**Ausschließung/Exklusion**“ heißt, jemandem den Zugang zu und Genuss von Menschenrechten zu verwehren. Die Europäische Union hat den von der ILO verwendeten Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ übernommen, die Definition aber noch erweitert: soziale Ausgrenzung findet immer dann statt, wenn Personen aufgrund der **„Verwehrung der bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte“** an der Gesellschaft nicht vollwertig teilhaben und betragen können. Ausgrenzung wird auf eine **„Kombination**

an miteinander verbundenen Problemen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, geringer Qualifikation, niedriger Entlohnung, unzureichender Wohnbedingungen, schlechter Gesundheit und Auseinanderbrechen von Familien“ zurückgeführt. Gesellschaftliche Teilhabe ist sowohl eine Voraussetzung für Menschenrechte als auch eines ihrer wesentlichen Ziele. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist „Inklusion“.

„*Beschränkung*“ meint eine Einschränkung des vollen Genusses der Menschenrechte in der Praxis. Das Gegenteil bedeutet, „Chancengleichheit“ vorzufinden.

„*Bevorzugung*“ privilegiert eine Person gegenüber einer anderen aufgrund ihrer Hautfarbe, (ethnischen) Herkunft, Geburt, Religion oder Sprache. Im Gegenzug wird die andere Person gegenüber der ersten benachteiligt. Das positive Gegenstück dazu ist „Gleichbehandlung“.

Eine erfolgreiche Politik gegen rassistisch motivierte Diskriminierung muss daher zum positiven Gegenteil dieser vier Diskriminierungsdimensionen beitragen: **Diskriminierung entgegenzuwirken bedeutet, Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu stärken.**

→ Ein **VERBESSERTER ZUGANG ZU LEISTUNGEN FÜR MARGINALISIERTE GRUPPEN** wirkt gegen Diskriminierung, indem **Chancengleichheit** unterstützt wird, um **Diskriminierung** im Genuss der Menschenrechte **zu verhindern** und **zu beseitigen**.

KONTEXTINFORMATION

Das folgende Kapitel basiert auf Interviews und Informationen aus Städten in Griechenland, Ungarn, Spanien, Italien, der Schweiz und Schweden. Die Kerninhalte stammen von einer ungarischen Stadt und aus Agia Varvara (Griechenland).

In jeder Stadt gibt es mehr oder weniger ausgeprägte räumliche und/oder soziale Segregation und damit Ausgrenzung bestimmter Gebiete oder Personengruppen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, Ausgrenzung durch einen verbesserten Zugang zu Leistungen zu reduzieren.

WARUM IST ES NOTWENDIG?

- Prävention und Abbau sozialer Problemlagen, die durch Ausgrenzung und Notlagen entstehen (z.B. Drogensucht, Gewalt)
- Die Maßnahmen greifen Problemlagen auf, mit denen marginalisierte Gruppen auf kommunaler Ebene konfrontiert sind und die durch die regulären Leistungen nicht abgedeckt werden können
- Die Maßnahmen helfen, Vertrauen, Kommunikation und eine engere Verbindung zwischen den Stadtbewohner/innen und der Stadtverwaltung aufzubauen
- Die Maßnahmen verwenden einen holistischen Ansatz, der auf den Prinzipien Gleichheit, Bürger/innenrechte und Integration gründet – es geht hier nicht um eine Sonderbehandlung, sondern um gleiche Rechte und Chancen
- Die Maßnahmen sind darauf ausgelegt, bestimmte Bedürfnisse abzudecken, ohne die Leistungsempfänger/innen zu stigmatisieren oder sozial konstruierte Unterschiede fortzuschreiben
- Die Menschen erleben, dass sich die Stadt ihrer annimmt und fühlen sich mehr als Teil der Stadtgesellschaft
- Die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft wirkt präventiv gegen deviantes und kriminelles Verhalten
- Der Zugang zu Bildung und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft werden unterstützt

Besonders für Förderschulen gilt:

- Prävention von Schulabbruch, Drogenmissbrauch, Gewalt und deren Folgen bei sozial benachteiligten Jugendlichen
- Gut ausgebildete Personen können leichter am öffentlichen Leben in der Stadt teilnehmen, finden eher Arbeit und können sich und ihre Familien besser erhalten
- Die persönliche Entwicklung wird ermöglicht und Talente werden individuell gefördert
- Die Maßnahmen stärken Toleranz und wirken gegen Diskriminierung und Vorurteile zwischen marginalisierten und nicht-marginalisierten Personen
- Marginalisierte Gruppen mit geringen Kenntnissen der Amtssprache, könnten diese schneller erlernen

EINSCHRÄNKUNGEN

Veränderungen brauchen Zeit: Erwarten Sie keine schnellen Änderungen oder Ergebnisse. Vor allem Maßnahmen im Bildungs- und Beschäftigungsbereich sind nicht einfach umzusetzen, da Widerstand und Vorurteile in der Mehrheitsbevölkerung die Integration in diesen Bereichen verhindern. Rahmenbedingungen, wie die Wirtschaftskrise und die Zunahme von extremistischen Ansichten und Ausgrenzungsbestrebungen innerhalb Europas behindern den Erfolg. Da diese Krisen zu Sparprogrammen führten, wird die wirtschaftliche Integration von marginalisierten Gruppen zunehmend schwieriger erreichbar.

VORBEREITEN

PLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN

1

SCHRITT Unterstützung sichern

Die politische Unterstützung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin und des städtischen Entscheidungsgremiums („Stadtparlaments“) ist für die Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen für marginalisierte Gruppen unerlässlich. Sie ist nicht nur Voraussetzung für die Zuteilung des notwendigen Budgets, sondern auch für die Akzeptanz in der Bevölkerung.

2

SCHRITT Bilden Sie ein Kernteam für die Umsetzung

Dieses Team koordiniert die Entwicklung, Umsetzung und Dokumentation der Maßnahmen. Das Team kann sich entweder aus städtischen Mitarbeiter/innen zusammensetzen, die Erfahrung in der Arbeit mit marginalisierten Gruppen haben und/oder aus externen Personen, die eigens engagiert werden. Das Team sollte aus etwa vier Personen bestehen.

Wenn Maßnahmen örtlich auf einen bestimmten Stadtteil gerichtet sind, sollte das Team vor Ort ansprechbar sein (siehe unten, „Umsetzen“).

3

SCHRITT Beziehen Sie alle Abteilungen der Stadtverwaltung ein

Integration bedarf einer fachübergreifenden Perspektive, auch wenn das Thema in der Verwaltungspraxis meist einer bestimmten Abteilung zugeordnet wird; daher müssen möglichst alle Abteilungen miteinbezogen werden. Es bedarf der Kooperation und eines abgestimmten Vorgehens aller Abteilungen. Abteilungen, die nicht unmittelbar beteiligt sind, sollten laufend informiert werden und nach Möglichkeit temporär oder aufgabenspezifisch miteinbezogen werden.

4

SCHRITT Beziehen Sie Mitglieder der Zielgruppen mit ein

Für den Erfolg der hier beschriebenen Maßnahmen ist es wesentlich, die – bedarfsorientiert definierten – Zielgruppen in die Entwicklung der Maßnahmen miteinzubeziehen.

Tipp! Beziehen Sie die Vertreter/innen der Zielgruppe nicht nur als externe Berater/innen ein, sondern engagieren Sie sie nach Möglichkeit als reguläre Mitarbeiter/innen. Begegnen Sie den Mitgliedern der Zielgruppe nicht so, als wären sie besonders verletzlich, sondern sehen Sie sie als Expert/innen für ihre Lebenssituation und ihr tägliches Umfeld und –selbstverständlich – als gleichwertige Stadtbewohner/innen.

Zugang zur Zielgruppe finden Sie am leichtesten über Einrichtungen wie Gebetshäuser oder Schulen und NGOs und Vereine, die eine Brückenfunktion zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung einnehmen. Eltern sind eine wesentliche Zielgruppe für Maßnahmen im Bereich der Bildung, da diese ohne ihre Einbeziehung nicht umsetzbar sind.

VORBEREITUNG DES KONZEPTS

5

SCHRITT Bedarfserhebung

Führen Sie zu Beginn der Überlegungen eine Bedarfserhebung durch, um die Maßnahmen faktenbasiert zu entwickeln. Empirische Daten und Ergebnisse sind nicht nur wichtige Voraussetzung für ein informiertes Konzept, sondern auch wesentlich für die Akzeptanz der Maßnahmen als notwendig und sinnvoll. Welche Problemlagen stellen sich für die Menschen? Wo finden sie Zugang zu regulären städtischen Leistungen, wo nicht? Welche Bedürfnisse wurden bislang nicht ausreichend berücksichtigt? Wo kann angesetzt werden, um Ausgrenzung zu überwinden? Diese Vorarbeit dient der aktiven Erforschung von Bedürfnissen und der Entwicklung bedarfsorientierter Maßnahmen mit einer starken Inklusionsperspektive. Investieren Sie in Wissen über lokale Bedürfnisse und stärken Sie die Kooperation mit lokalen Sozialwissenschaftler/innen.

6

SCHRITT Laden Sie Mitglieder der Zielgruppen zur Konzepterstellung ein

Mitglieder der Zielgruppen sollen nicht nur in die Bedarfserhebung einbezogen werden, sondern auch eingeladen sein, aktiv an der Konzeptentwicklung mitzuarbeiten. Bemühen Sie sich um eine aufgeschlossene Arbeitsbeziehung auf Augenhöhe und berücksichtigen Sie Vorschläge ernsthaft – auch wenn Sie nicht Ihren Vorstellungen entsprechen. Sehen Sie die Mitglieder der Zielgruppe als Partner/innen und Multiplikator/innen. Ihre Teilnahme an der Konzepterstellung bewirkt schon von Anfang an einen engeren Kontakt zwischen den Dienstleistungserbringern und den Nutzer/innen.

Als Beispiel: Organisieren Sie eine Fachtagung mit Vertreter/innen und Selbstorganisationen marginalisierter Gruppen in Ihrer Stadt. Erweitern Sie so das Wissen über die Gründe für soziale Exklusion und bestimmte Problemlagen und Bedürfnisse. Laden Sie Mitglieder der Zielgruppen, Politiker/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen ein, um gemeinsam an einem Tisch die Gegebenheiten der Stadt zu besprechen.

Die Mitglieder der Zielgruppen müssen nicht zwingend auf einer formalen Grundlage in die Konzepterstellung eingebunden sein, aber ihre tatsächliche und substantielle Mitwirkung muss gegeben sein.

7

SCHRITT Mobilisieren Sie Freiwillige

Schaffen Sie die Voraussetzungen, um interessierte Freiwillige in die Umsetzung der Maßnahmen sinnvoll einzubinden. Es ist wichtig, dass die Freiwilligen verschiedenen Bevölkerungsgruppen angehören (und nicht nur Teil der Zielgruppen selbst sind), um Inklusion von Anfang an zu fördern. Knüpfen Sie an bestehende Strukturen der Freiwilligenarbeit an, bspw. Pflichtpraktika für Schüler/innen, Zivildienst, Freiwilligendienst oder andere Arten von Assistenzprogrammen.

8

SCHRITT Definition von Zielen und Strategien

Marginalisierte Gruppen benötigen vor allem Unterstützung im Bereich Bildung und Ausbildung, Qualifizierung für und Integration in den Arbeitsmarkt.

Wenn Förderschulen ein Teil des Konzeptes sind: fokussieren Sie auf Fachunterricht und nicht auf andere Betreuungs- oder Freizeitaktivitäten. Thematisieren Sie gemeinsam mit den Schüler/innen die Barrieren durch Diskriminierung und Rassismus.

Das Programm sollte zudem Maßnahme zur Stärkung der politischen und sozialen Teilhabe enthalten. Dazu zählt auch die Förderung von Kontakten zwischen marginalisierten und nicht-marginalisierten Gruppen. Ein wichtiges Ziel ist es, ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft aufzubauen.

Entwickeln Sie daher Maßnahmen, die klarmachen, dass Mitglieder marginalisierter Gruppen als gleichberechtigte Bürger/innen in dieser Stadt wohnen, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie jede/r andere. Städtische Dienstleistungen müssen zeigen, dass die lokale Regierung für alle Einwohner/innen arbeitet und dass das Rathaus allen offensteht, um ihre Anliegen kundzutun. Eine partizipativ ausgerichtete Politik ist für die Vertrauensbildung sehr nachhaltig.

Auf jeden Fall ist es wesentlich, die Zielgruppen der Maßnahmen und Leistungen auf Basis von Bedürfnissen zu definieren und nicht anhand von Merkmalen wie ethnischer Herkunft, Religion oder Geschlecht. Inklusionsleistungen „für Roma“ zu konzipieren, wird weder besonders akzeptiert noch erfolgreich sein. Die Stigmatisierung bestimmter Gruppen soll nicht durch gesonderte Leistungen befördert und aufrechterhalten werden.

9

SCHRITT Personal und Budget

Teilnehmende Städte empfehlen zumindest fünf Sozialarbeiter/innen, zwei bis drei Mediator/innen und zusätzliche Freiwillige als Teil des operativen Teams.

Externe Finanzierungsmöglichkeiten bestehen unter Umständen über EU-Projekte.

Eine teilnehmende Stadt berichtete über eine Förderschule in einer Stadt mit etwa 30,000 Menschen. Das Personal umfasst eine/n Schuldirektor/in, fünf beschäftigte Lehrkräfte, drei ehrenamtliche Lehrkräfte und 12 Freiwillige aus der Unterrichtsausbildung/Universität bzw. pensionierte Lehrer/innen. Als Infrastruktur sind Räumlichkeiten vorgesehen, mit drei Klassenräumen und einem Sekretariat sowie eine angemessene Ausstattung an Computern.

→ Vorbereitung des Konzepts

Tipp! Stellen Sie die Leistungen für alle Bewohner/innen zur Verfügung, die einen entsprechenden Bedarf haben und entwerfen Sie keine gruppenspezifischen Extraleistungen. Andernfalls werden diese Leistungen weder bei der Zielgruppe noch in der Gesamtbevölkerung Akzeptanz finden. Entwickeln Sie spezialisierte Programme oder Leistungen nur dann, wenn diese durch besondere Bedürfnisse auf individueller Basis gerechtfertigt sind. Folgen Sie einem bedürfnis-orientierten und nicht einem merkmals-orientierten Ansatz.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Die relevanten Akteur/innen sind nicht bereit, die Maßnahmen zu unterstützen

Berufen Sie sich auf die Menschenrechtsstandards, die international akzeptiert und in allen Bereichen verpflichtend sind

Die Maßnahme wurde mit Fördergeldern entwickelt und umgesetzt; sobald diese Fördergelder auslaufen, ist die Fortsetzung der Maßnahmen gefährdet

Versuchen Sie, die besonderen Leistungen für marginalisierte Gruppen in das System der regulären kommunalen Leistungen zu integrieren.

Vorurteile zwischen marginalisierten und nicht-marginalisierten Gruppen

Politische Bildung zu den gleichen Rechten und Pflichten eines jeden Stadtbewohners/einer jeden Stadtbewohnerin, unter Einbindung von Mitgliedern aus marginalisierten und nicht-marginalisierten Gruppen

Konflikte unter bzw. innerhalb von marginalisierten Gruppen

Sozialarbeit und aktive Zusammenarbeit mit sowie Einbeziehung von allen Akteur/innen

Diejenigen umzustimmen, die für getrennte Leistungen und Services für marginalisierte Gruppen eintreten

Richten Sie alle Aktivitäten dezidiert an alle Bewohner/innen und beziehen Sie Mitglieder von marginalisierten sowie anderen Gruppen mit ein

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Die Arbeit sichtbar machen und Leute zu motivieren, sich zu beteiligen

Bemühen Sie sich um akzeptierte Persönlichkeiten, die als Rollenvorbild vorgehen und Leute ansprechen, mitzumachen. Überlegen Sie, wer welches Thema am besten transportieren kann.

Alles Neue erzeugt gewisse Spannungen und skeptische Reaktionen

Es ist wichtig zu betonen, dass die neuen Angebote nicht in Konkurrenz zu den regulären Strukturen stehen. Sie sollen eine Ergänzung sein, die die regulären Services unterstützt.

Tipp! Bauen Sie auf bestehendem Wissen, Forschungsarbeiten, Programmen, Freiwilligen-Netzwerken, Nachbarschaftsprojekten etc. auf. Eine gute Vernetzung kann helfen, die bestehenden Angebote sinnvoll zu ergänzen oder bei Bedarf zusätzliche Angebote zu mobilisieren. Zum Beispiel: Wenn marginalisierte Gruppen keinen Zugang zu Gesundheitsleistungen haben, könnte die Stadt über die Vernetzung von örtlichen Gesundheitseinrichtungen, Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen maßgeschneiderte ergänzende Angebote ermöglichen.

UMSETZEN

10

SCHRITT Gründen Sie eine zentrale Anlaufstelle

Richten Sie eine zentrale Anlaufstelle ein, an der sich die Zielgruppen über städtische Angebote, Abläufe und ihre Rechte informieren können und Antworten auf Fragen bekommen. Diese Anlaufstelle sollte als „One-Stop-Shop“ konzipiert sein, d.h. jede/r Interessierte sollte hier erste Informationen erhalten können.

Das Kernteam für die Umsetzung der Maßnahmen sollte hier seinen Arbeitsplatz haben. Die Mitarbeiter/innen sollten zu den Bedürfnissen und Anliegen der Zielgruppen gut geschult werden. Sie sollen die Menschen über Angebote und Leistungen informieren, über ihre Rechte und Pflichten darin, und wie die Abläufe funktionieren. Damit erreichen sie ein besseres Verständnis für das System öffentlicher Leistungen. Es ist wichtig, dass Angehörige der Zielgruppen als Mitarbeiter/innen beschäftigt sind, um Vertrauen aufzubauen und ihre spezifische Expertise zu inkludieren.

11

SCHRITT Stellen Sie Infrastruktur für Freiwilligenarbeit bereit

Stellen Sie die geeignete Infrastruktur zur Verfügung, um freiwilliges Engagement zu unterstützen. Unterstützen Sie Ärzt/innen, die kostenlose medizinische Untersuchungen anbieten, in organisatorischen Angelegenheiten; bieten Sie Räumlichkeiten an, um ehrenamtliche Kinderbetreuung parallel zu Fortbildungskurse der Eltern zu ermöglichen; nutzen Sie ihre Kontakte zu örtlichen Unternehmen, um Sponsoring der Freiwilligenarbeit anzuregen; beraten Sie Restaurants/Supermärkte, wie sie überschüssige Nahrungsmittel Bedürftigen zukommen lassen können etc.

12

SCHRITT Unterstützen Sie die Organisation der Verfügbarkeit und Terminvergabe

Koordinieren Sie die Verfügbarkeit der ehrenamtlichen Fachleute (bspw. Förderlehrer/innen, medizinisches Personal) und die Bekanntgabe der Zeiten. Dies kann beispielsweise über ein Programm erfolgen, in dem die Fachleute Termine anlegen können, und sich die Nutzer/innen telefonisch oder persönlich bei der zentralen Anlaufstelle zu freien Terminen anmelden können.

13

SCHRITT Öffentlichkeitsarbeit und Erreichen der Zielgruppe

Die Mitarbeiter/innen vor Ort informieren die Nutzer/innen über die Angebote der Stadt. Neben Information in schriftlicher Form und online, ist auch Outreach-Arbeit in die Communities unerlässlich. Besuchen Sie Vereine und Community-Feste, um über die Aktivitäten und die Möglichkeiten der Beteiligung zu informieren. Regen Sie lokale Medien an, über die Aktivitäten zu berichten.

NACHHALTIGKEIT

14

SCHRITT Entscheidung des Stadtparlaments zur dauerhaften Einrichtung der Angebote

Bemühen Sie sich um eine Entscheidung des Stadtparlaments zu den notwendigen finanziellen Mitteln und der Zuteilung von Fördergeldern zu bestimmten Aktivitäten. Alle Angebote und Leistungen sollten nach ihrem Inhalt benannt werden und nicht bestimmte Nutzer/innen oder Bevölkerungsgruppen bezeichnen. Achten Sie darauf, dass die Leistungen in regulären Budget- und Programmplanungen berücksichtigt werden. Die Leistungen sollten Teil der regulären Angebote der Stadt werden.

15

SCHRITT Vernetzen Sie sich mit Städten mit ähnlicher Bevölkerungszusammensetzung

Treten Sie in Kontakt mit anderen Städten Ihrer Region oder Ihres Landes, die ähnliche Bevölkerungsstrukturen haben. Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ist in der Regel kein rein lokales, sondern ein größeres, gesellschaftliches Problem. Eine nachhaltig bessere Inklusion der Bevölkerung braucht daher überörtliche Perspektiven. Ein Netzwerk von Städten kann daher hilfreich sein.

Unterstützen Sie die Vernetzung von Vereinen und Organisationen von ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen auf nationaler Ebene, um auf die nationale Gesetzgebung einzuwirken. Besuchen Sie Einrichtungen und Vereine in anderen Städten, um deren Aktivitäten kennenzulernen. Ein nationales Netzwerk marginalisierter Gruppen kann soziale Ausgrenzung analysieren, Wissensaustausch fördern, Bewusstsein schaffen und ein Netz an Kontaktstelle aufbauen.

16

SCHRITT Arbeiten Sie mit Wissenschaftler/innen zusammen

Die langfristige Umsetzung und Weiterführung von Maßnahmen ist von einer Vielzahl an Faktoren abhängig. Es ist daher ratsam, mit Wissenschaftler/innen zusammenzuarbeiten, die Bedarfserhebungen dokumentieren und Entwicklungen über die Zeit aufbereiten können. Wissenschaftler/innen können Forschungsergebnisse und ihre fachliche Meinung an Politiker/innen übermitteln, deren Aufgabe es ist, daraus politische Visionen und Programme zu gestalten. Nach einer gewissen Laufzeit sollte eine fundierte Evaluation die Grundlage für Entscheidung über die weiterführenden Schritte sein. Auf diese Weise kann eine Politik nachhaltig und sinnvoll weiterentwickelt und fortgeführt werden.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Marginalisierte Gruppen sind mit öffentlichen Behörden und öffentlichen Leistungen nicht vertraut

Erklären Sie die Abläufe und welche städtischen Angebote für welchen Bedarf nützlich sind. Bspw. sprechen Sie mit Eltern, welche Vorteile es für ihre Kinder einmal haben wird, wenn sie dieses oder jenes Förderangebot nutzen.

Die Zielgruppen sind schwer zugänglich

Auch wenn es anstrengend klingt: es funktioniert am besten, von Tür zu Tür zu gehen

Gesellschaftliche Probleme wie Armut, Drogen, exzessiver TV-Konsum o.Ä. beeinflussen die Fähigkeit, Angebote zu nutzen und daher den Erfolg der Maßnahmen

Suchen Sie Unterstützung von Sozialarbeiter/innen und Fachleuten für die verschiedenen Problemlagen

Die Selbstbestimmtheit der lokalen Regierungen wird durch nationale Gesetzgebungen eingeschränkt

Bemühen Sie sich um verschieden Säulen der Finanzierung, um in den Maßnahmen nicht von einer Geldquelle abhängig zu sein

ÜBERTRAGBARKEIT

Die Hauptelemente der Politik sind auf jede andere Stadt übertragbar: Teilhabe der Zielgruppen; Offenheit, die Planung an die tatsächlichen Bedürfnisse anzupassen; die Verwendung von Ressourcen als eine Investition mit Multiplikationseffekten und einer klaren und realistischen Vision für mehr Inklusion.

TÄGLICHE ARBEIT

17

SCHRITT Zusammenarbeit und Koordinierung

Regelmäßige Treffen, Austausch über und Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten sind für die Maßnahmen im engen Bevölkerungskontakt unerlässlich. Kooperation und Treffen aller Leistungserbringer/innen und Beteiligten sind wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Die Treffen dienen auch dazu, die Fortschritte und Ergebnisse im Hinblick auf das gesteckte Ziel im Auge zu behalten. Wie häufig diese Treffen stattfinden sollten, hängt von den konkreten Maßnahmen. Des Weiteren wird empfohlen, dass die Leiter/innen des Kernteams in die städtischen Gremien eingeladen werden, um über das Erreichte zu berichten. Das kann die politischen Akteur/innen motivieren, die Maßnahmen weiterhin zu unterstützen.

18

SCHRITT Beziehen Sie die Zielgruppen fortlaufend in die tägliche Arbeit ein

Investieren Sie in vertrauensbildende Aktivitäten. Dies erfordert Präsenz und Erreichbarkeit vor Ort. Die Menschen müssen merken, dass es eine Ansprechstelle gibt, die ihnen zuhört, sie berät und auch aktiv tätig wird. Auch wenn Sie selbst eine klare Vision verfolgen, müssen Sie stets darauf achten, ob die Nutzer/innen diese Vision mittragen. Nehmen Sie an Festen teil, Einladungen zu Treffen wahr etc.

Als Anregung ein paar konkrete Maßnahmen, die von Städten vorgeschlagen wurden:

- Die Anzahl der Schulabbrecher/innen reduzieren
Alphabetisierungs- und Förderprogramme, die in Bildungsaktivitäten miteinbezogen werden. Enge Zusammenarbeit mit Schulen, die die Familien der Schüler/innen miteinbeziehen. Gespräche mit den Eltern über die Wichtigkeit des Schulbesuchs erwiesen sich als wesentliche Maßnahme.
Als wirksames Angebot, um Schulabbrüchen vorzubeugen, erwies sich insbesondere eine Förderschule für Kinder aus marginalisierten Gruppen, die ergänzend zum regulären Bildungssystem angeboten wird. Die örtlichen Schulen stehen hier in der Verantwortung, die Förderschule

→ Tägliche Arbeit

als unterstützendes Angebot anzuerkennen, den Kontakt zu halten und so die Legitimität des Angebots zu stärken. Die Förderschule soll dazu dienen, Kinder vor Schuleintritt auf den Besuch der regulären Schulen vorzubereiten bzw. sie parallel dazu zu unterstützen.

- Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit
Praktika in Unternehmen, individualisierte Vermittlung und Unterstützung der Servicestellen, Möglichkeiten, neue Fertigkeiten zu erlernen etc. Bleiben Sie in den Erwartungen realistisch, hinsichtlich der Möglichkeiten der Zielgruppe und der Barrieren, die ihnen gegenüberstehen (Stichwort: Vorurteile von Arbeitgeber/innen).
- Beratungsleistungen
Familienberatungen (zugänglich wiederum für alle Interessierten, nicht nur für bestimmte Stadtbewohner/innen) zu schwierigen Lebenssituationen, einschließlich Initiativen für Gesundheitsförderung, Krankheitsvorsorge, Frauengesundheit, medizinische Untersuchungen, sowie individualisierte Unterstützung.
- Unterstützung von Kunstschaffenden
Unterstützen Sie Kulturveranstaltungen, die Gründung von Kunstvereinen, Festivals und Veranstaltungen. Motivieren Sie Menschen, mit ihren Talenten an die Öffentlichkeit zu gehen.

DRANBLEIBEN

19

SCHRITT Follow-up zur Umsetzung

Evaluieren Sie die Maßnahmen auf einer informellen, alltäglichen Basis durch regelmäßige Treffen und Reflexion der Fortschritte und Ergebnisse. Evaluieren Sie die Maßnahmen einmal jährlich auf formelle Weise, unter Einbeziehung der beteiligten städtischen Abteilungen. Passen Sie die Maßnahmen entsprechend an. Mit der regelmäßigen Evaluierung können Sie auf veränderte Umstände angemessen reagieren und Prioritäten dem Bedarf anpassen. Bleiben Sie flexibel und gehen Sie nicht von Selbstverständlichkeiten aus. Die Bedürfnisse der Stadtbewohner/innen können sich verändern, ebenso wie die Rahmenbedingungen für die Inklusion ausgegrenzter Gruppen.

SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

- Als Integrationspolitik orientieren sich die Maßnahmen an Bedürfnissen und nicht an Zuschreibungen zu bestimmten Gruppen.
- Zusammenarbeit aller Akteur/innen; Einbeziehung der Zielgruppen (nicht als externe Expert/innen sondern als Mitarbeiter/innen des Kernteams)
- Respekt von Vielfalt
- Vernetzung innerhalb der städtischen Abteilungen und Umsetzung aller Leistungen mit der gleichen Philosophie
- Flexibilität aller Akteur/innen
- Teilhabe und Entwicklung der Maßnahmen aus der Bevölkerung heraus („bottom-up“)

WIRKUNG UND ERGEBNIS

Indikatoren um die Wirkung zu messen:

- Die Anzahl der Kinder aus marginalisierten Gruppen, die einen (höheren) Schulabschluss schaffen
- Die Leistungsbeurteilung der Schüler/innen in regulären Schulen steigern sich, seit sie ergänzend die Förderschule besuchen
- Die Anzahl der Schulabbrecher/innen sinkt
- Das Verhalten der Kinder in der Schule verbessert sich (bessere Konzentration, weniger Aggression)
- Die Vielfalt von Berufen innerhalb von marginalisierten Gruppen steigt
- Die Zahl der Personen, die Beratungen und Unterstützungsleistungen über die Anlaufstelle in Anspruch nehmen
- Vermehrte Bewerbungen von Personen der Zielgruppen für Stellen in der öffentlichen Verwaltung
- Eltern fühlen sich besser in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen
- Nachbarschaftsbeziehungen verbessern sich

QUELLEN UND BEISPIELE

B (HU) Schule in B.: Die Schule in B ist eine Bildungseinrichtung, die seit 1998 existiert. Sie ermöglicht Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche, die Schwierigkeiten in der Schule haben und organisiert Freizeit- und Kulturaktivitäten für sie. Die Regierung von B., einer Stadt mit ca. 30.000 Einwohnern mit einer relativ großen Roma-Bevölkerung, ist seit der Entstehung der Schule eine der eifrigsten Fürsprecherinnen dafür. Die Schule wurde hauptsächlich von der Stadtregierung geleitet und finanziell unterstützt, sie hat sich aber auch erfolgreich um Förderungen zum Beispiel der Open Society Foundations, anderer privater Fördergeber sowie des Bildungsministeriums beworben. Im September 2004 wurde über Vorschlag der Gemeinderregierung eine Stiftung mit dem Ziel gegründet, bessere Grundlagen für die Gemeinde zur Unterstützung des Projektes zu schaffen.

Attika (GR): Anpassung der Sozialleistungen, um die Bedürfnisse der Roma zu tragen (CECL)

Die Maßnahme bezieht sich auf die Stadt als Dienstanbieterin und befasst sich mit der Anpassung der Sozialleistungen um die Bedürfnisse der Roma-Bevölkerung besser tragen zu können. In einer Gemeinde in der Grenzregion von Attika lebt eine große Romabevölkerung, die gut in die Hauptbevölkerung integriert ist (was keine Selbstverständlichkeit ist).

<http://www.agiavarvara.gr/portal/page/portal/ab/>

Das Rom Netzwerk: <http://www.oikokoinonia.gr/en/action.asp>

<http://budaorsitanoda.webs.com/>

